

NACHRICHTEN

Ecuador: Indios drohen mit weiterem Umsturz

QUITO: Die Indios Ecuadors haben mit einem weiteren Umsturz gedroht, falls sich die Lebensumstände in dem südamerikanischen Land nicht bald bessern. «Wir werden Regierung um Regierung stürzen, bis sich die Lage des Volkes in Ecuador verändert», warnte der Präsident der mächtigen Vereinigung der Indios, Antonio Vargas, am Freitag. Er schloss jedoch Massenproteste «zum jetzigen Zeitpunkt» aus. Vargas hatte am 21. Januar mit Unterstützung junger Offiziere Präsident Jamil Mahuad gestürzt. Die Militärführung riss die Initiative damals jedoch schnell an sich und bestimmte Vizepräsident Gustavo Noboa zum Nachfolger. Noboa, der vom Parlament bestätigt wurde, führt seither die Politik seines Vorgängers weitgehend fort. Obwohl sich der Umsturz vom Januar auch gegen die geplante «Dollarisierung» des Landes richtete, setzte Noboa die noch von Mahuad begonnene Umstellung des Landes auf den Dollar in Gang.

Kämpfe zwischen PKK und türkischem Militär

ISTANBUL: Bei Kämpfen zwischen Rebellen der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem türkischen Militär sind neun Rebellen und zwei Sicherheitskräfte getötet worden. Wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Freitag weiter meldete, sei ein PKK-Kämpfer gefasst worden. Die Kämpfe ereigneten sich in der ostanatolischen Provinz Bingöl. Der Chef der PKK, Abdullah Öcalan, war im vergangenen Sommer wegen Hochverrats und zahlreicher Morde zum Tode verurteilt worden. Öcalan ist auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert und wartet nun auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Bei der Auseinandersetzung zwischen der PKK und dem Militär sind nach türkischen Angaben in mehr als 15 Jahren etwa 32 000 Menschen ums Leben gekommen.

Albright: «Westen will Entspannung im Kosovo»

BRÜSSEL: Der Westen bemüht sich nach den Worten von US-Aussenministerin Madeleine Albright um Entspannung im Kosovo. Es sei über Möglichkeiten beraten worden, Extremisten von ihren Aktionen abzuhalten, sagte Albright am Freitag in Brüssel. Albright war auf einer neuntägigen Europa-Reise mit EU-Sicherheitschef Javier Solana (Bild), mit dem für die Aussenpolitik zuständigen EU-Kommissar Chris Patten sowie mit ihrem russischen und portugiesischen Kollegen zusammengetroffen. Geplant waren Gespräche mit NATO-Generalsekretär George Robertson und NATO-Kommandeur General Wesley Clark. Albright sprach sich für eine Verstärkung der im Kosovo stationierten Friedenstruppen aus. Clark verlangte, die Truppenstärke müsse wieder von 44 000 auf 49 000 Mann in der Region angehoben werden. Albright sprach sich ausserdem für eine Unterstützung der UNO-Verwaltung und der Polizeikräfte aus. Jüngste Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Serben in der Stadt Mitrovica und Waffenfunde hatten bei der NATO Besorgnis ausgelöst.

Major zieht sich aus Politik zurück

LONDON: Der frühere britische Regierungschef John Major zieht sich aus der Politik zurück. Er werde bei der nächsten Parlamentswahl nicht mehr kandidieren, erklärte der konservative Politiker am Freitag in einem Brief an die Tory-Partei. Er wolle lieber zu einer Zeit abtreten, in der er noch gefragt sei, erklärte der 56-Jährige. Major war 1990 nach einer Palastrevolution der konservativen Tories gegen Margaret Thatcher Parteivorsitzender und Regierungschef geworden. 1997 verlor er die Wahl gegen den jetzigen Regierungschef Tony Blair von der Labour-Partei.

Gorbatschow lobt Putin

Ex-Präsident jedoch besorgt wegen Forderung nach stärkerem Staat



MOSKAU: Der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow (links) hat am Freitag den amtierenden russischen Präsidenten Wladimir Putin (rechts) als intelligenten und ernsthaften Menschen gelobt. Zugleich zeigte er sich jedoch besorgt über dessen Forderung nach einem stärkeren Staat. Auf einer

Pressekonferenz sagte Gorbatschow in Moskau, er habe ein «positives Verhältnis» zu Putin.

Hinsichtlich Putins Ruf nach einem stärkeren Staat räumte Gorbatschow ein, dass auch die Bevölkerung einen autoritäreren Führer wünsche. Putin scheine dieser Mann zu sein. Putin ist bei der vorgezoge-



nen Präsidentenwahl am 26. März klarer Favorit. Nach einer am Freitag veröffentlichten Meinungsumfrage käme er auf 59 Prozent der Stimmen, wenn morgen Sonntag gewählt würde. Für KP-Chef Gennadi Sjuganow würden 22 Prozent stimmen. Die Stiftung für Demoskopie befragte für die Erhebung 1.600

Personen. Gorbatschow sagte, um seine Siegeschancen nicht noch in letzter Minute zu gefährden, sollte Putin sich vom inneren Führungskreis seines Vorgängers Boris Jelzin distanzieren. Gegen Jelzin und dessen Beraterkreis wurden wiederholt Korruptionsvorwürfe laut. Jelzin war am 31. Dezember zurückgetreten.

Wachsende Spannungen in Jugoslawien

KFOR verstärkt Sicherheitsvorkehrungen im Kosovo

PRISTINA: Gewalt und politische Drohgebärden an den Brennpunkten im früheren Jugoslawien nähern Befürchtungen eines neuen Konflikts. Die Friedenstruppe KFOR im Kosovo verstärkte ihre Sicherheitsmassnahmen an der Verwaltungsgrenze zu Serbien.

Dort kommt es zu immer neuen Zwischenfällen. Angesichts wachsender Spannungen zwischen den

Teilrepubliken Serbien und Montenegro rief Moskau am Freitag beide Seiten zur Suche nach einer Konfliktlösung auf.

«Die Tendenz zur Trennung der beiden (Teilrepubliken) ist leider immer stärker zu spüren», zitierte die Agentur Itar-Tass aus einer offiziellen Mitteilung des Ausserministeriums in Moskau. Die jugoslawische Armeeführung wies Berichte

über eine Mobilmachung und einen Truppenaufmarsch im Süden zurück. Montenegro bereitet seine Staatsorgane und die Öffentlichkeit auf den Ausbruch einer möglichen neuen Krise vor. Das sagte der Präsident Montenegros, Milo Djukanovic, am Freitag nach einem Treffen mit dem EU-Kommissar für Aussenpolitik, Chris Patten, in der montenegrinischen Hauptstadt Podgo-

rica, wie die Belgrader Nachrichtenagentur Beta meldete.

In Gnjilane im Osten des Kosovo äusserte sich KFOR-Kommandant General Klaus Reinhardt am Freitag besorgt über bewaffnete Zwischenfälle im Presevo-Tal hinter der östlichen Verwaltungsgrenze zu Serbien. Dort kommt es wiederholt zu Schiessereien zwischen Albanern und serbischen Polizisten.

Türkei drängt zur EU

Ecevit beklagt Verzögerungen im Beitrittsprozess

ANKARA: Die Gespräche zwischen der EU und der Türkei sind nach Worten des Kommissars für die EU-Erweiterung, Günter Verheugen, erfolgreich verlaufen. Ministerpräsident Bülent Ecevit beklagte hingegen Verzögerungen bei der Beobachtungsphase seines Landes durch die EU.

«Der Prozess der europäischen Integration der Türkei ist nun unumkehrbar», sagte Verheugen am Freitag in Ankara. «Um Frieden und Stabilität zu sichern, brauchen wir die Türkei.» Die Türkei war Ende

vergangenen Jahres auf dem EU-Gipfel in der finnischen Hauptstadt Helsinki nach längerer Wartezeit als Kandidat akzeptiert worden. «Wir haben bereits eine sehr fruchtbare und enge Zusammenarbeit entwickelt», sagte der deutsche EU-Kommissar nach den zweitägigen Gesprächen. Er habe mit den türkischen Vertretern die weiteren Schritte besprochen. Verheugen betonte, dass Ankara als gleichwertiger Partner behandelt werde. Er habe die türkische Regierung ermutigt, mit den Reformen fortzufahren.

Konten gesperrt

BERN: Das Bundesamt für Polizei (BAP) hat Konten des ehemaligen Staatschefs der Côte d'Ivoire, Henri Konan Bédié (Bild), und einer Reihe weiterer Personen vorsorglich sperren lassen. Die Behörden der Côte d'Ivoire verdächtigen sie, sich auf illegale Weise bereichert zu haben.

Dies teilte das BAP am Freitag in einem Communiqué mit. Die Côte d'Ivoire ersuchte über einen Schweizer Anwalt, neben sämtlichen Vermögenswerten Bédiés auch jene zahlreicher Vertreter seiner und früherer Regierungen vorsorglich zu sperren und die

entsprechenden Bankunterlagen zu erheben. Nach Angaben des Anwalts wird das westafrikanische Land ein Rechtshilfeersuchen einreichen. Die Côte d'Ivoire führe gegen diese Personen ein Strafverfahren wegen verschiedener Vermögensdelikte. Das BAP verfügte am vergangenen Mittwoch eine Sperre der im Ersuchen genannten Konten.

**Schwere Explosion in Sri Lanka**

19 Tote und zahlreiche Verletzte

COLOMBO: Bei einer Bombenexplosion sind am Freitag in der sri-lankischen Hauptstadt Colombo mindestens 19 Menschen getötet und 46 verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, detonierte der Sprengsatz im Geschäftsviertel der Stadt während des abendlichen Hauptverkehrs. Die Polizei ging davon aus, dass ein Selbstmordattentäter zu einer Wagenkolonne von Regierungsmitgliedern und Parteiführern gelangen wollte, die das Parlamentsgebäude verlassen wollte. Die Bombe sei aber offenbar zu früh hochgegangen. Nach der Explosion waren eine Stunde lang Schüsse in dem abgeriegelten Stadtteil zu hören. Mindestens 50 Soldaten durchkämmten die Zone, Hubschrauber überflogen das Gebiet. Bei fünf der Toten handelte es sich um Polizisten. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat. Ein Sprecher der Streitkräfte machte die tamilischen Befreiungstiger von Tamil Eelam verantwortlich, die seit 17 Jahren für einen eigenen Staat kämpfen.

